

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Buchläden erhältlich



Der Rote Stern

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Roter Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Ju-

gendspiegel; die neuemal geplante Nonparoillazelle aber deren
Preis ab 10,- für Familienangehörige 20,- für die Rellamgasse (anlässlich
des breitgestreuten Teils einer Tafelstele) 150,- Einzel-Kennzeichen nur
ab dem 9 Uhr an in der Expedition Dresden-E. 1, Güterbahnhofstraße 2

Brüderzeitschrift: frei Haus monatlich 250,- Reichsmark im vorause), durch
die Post 2,20 RM (ohne Zeitungsteil). "Der Arbeiterstimme" erscheint täg-
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. In beiden höheren Gewalt besteht kein
Haftpflicht auf Herausgabe der Zeitung oder auf Verzettelung des Herausgebers.

Berlag: Dresden Verlag, 10, Dresden-E. Geschäftsstelle und Re-
daktion: Güterbahnhofstraße 2, 1000 Dresden 18/19. Telefonnumm.: Dresden 18 620.
Sprechstunden: Dienstag 16-18 Uhr, alle Sprechstunden, Mittwoch 17-18 Uhr
Montags- und arbeitslosen Fragen, Freitag 15-19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 4. August 1930

Nummer 179

Unter dem Sowjetstern

Trotz Polizei-terror — siegreich vorwärts!

Glänzender Verlauf des Gebnitzer Grenztreffens / Wahloose Übergriffe und Polizeiauftritte / Begeisterung der Gebnitzer Arbeiter / Erfolgreiche Propagandafahrt für den Sieg der Liste 4!

(Von unserem nach Sebnitz entstandenen Redaktionsmitglied)

Sebnitz, den 3. August 1930.

Das wochenlang vorbereitete Grenztreffen der kommunistischen Partei Deutschlands und der Tschechoslowakei ist, da in Sebnitz präzise Zeit ein tschechischer Schülertummler bestimmt, fortgesetzt worden. Das Verbot hat nicht verhindern können, daß die deutschen und tschechischen Proletarier gemeinsam in Sebnitz aufmarschierten. Die Polizei, die aus Dresden nach Sebnitz hereordnet war, verzögerte, durch Gummimüppelattacken den Marsch der deutschen und tschechischen Klassegenossen gegen den imperialistischen Krieg illusorisch zu machen. Das ist nicht gelungen. Die Arbeiter demonstrierten trotz Polizei durch Sebnitz.

Früher am frühen Morgen war die Polizei aus Dresden in Sebnitz eingetroffen. Die herancomenden Autos der kleinen Landtagsgruppen fanden die Zufahrtstraßen nach Sebnitz von der Polizei abgeriegelt. Als die Dresdner Autos wenige Minuten vor Sebnitz waren, unternahmen die entgegenkommenden Landtagskommandos einen vergeblichen Versuch, die Autos aufzuhalten. Erst dadurch, daß später zwei Überfallwagen dienten, um die Dresdner Autos gestellt wurden, gelang es, die dichten Polizei- und Polizeiaufzuhalten. Erst jetzt wurde bekannt, daß das Treffen verboten sei.

Die Polizei, die die Hauptzufahrtstraße abgesperrt hatte, zog aber ein Schnippchen geflogen. Auf Wald- und Feldwegen gelang es einem großen Teil Genossen, nach Sebnitz einzumarschieren. Auf einem dort gebildeten Demonstrationsszug nahmen die Polizei einen Angriff, wobei 4 unserer Genossen von der mit beispielsofer Brutalität und sich schlagnenden Gummimüppeln bestimmt erhielten. Trotz dieser Unannehmlichkeit, bei dem auch eine Nähe von dem mit entlastetem Revolver herumschleudernden Polizist erobert wurde, blieb bald wieder ein Demonstrationszug. Der Rote KVD hielt, trotzdem die Polizei in unmittelbarer Nähe, auf dem Platz eine Ansprache. Die Polizei wagte nicht, einzutreten. Die werktätige Bevölkerung von Sebnitz war äußerst empört über die brutale Attacke der Polizei, die wieder einmal selbst vor den Polizisten, Ortsbewohnern nicht haltmachte.

Zusätzlich war der Sebnitzer Aufmarsch ein Erfolg, zu dem Herbert Wehner später an der „Grünen Wiese“ berichtete. Die Polizei doch mit ihren Methoden ließ die größte Propaganda für die revolutionäre rote Klassefront gemacht. Genosse Wehner erklärte, daß noch in der kommenden Woche in Sebnitz eine öffentliche Versammlung der KPD stattfinden wird.

Gegen 14.45 Uhr fuhren die roten Postautos ab. Die Dresdener Autos berührten die Orte Lichtenhain, Schandau, Königstein, Göltzsch, Goldeneck u. a. Durch Sprechföhre wurde auch da auf die kommende Reichstagswahl und die Pflicht der klassenbewußten Wähler hingewiesen: Nur Kommunisten, Liste 4 wählen!

Daß die Polizei es bewußt auf eine Provokation und Vorbereitung des Grenztreffens, der Mobilisierung der Grenzwache für die Liste 4, abgesehen hatte, geht allein daraus hervor, daß die Polizei keiner Stelle, weder der Landtagsorganisation noch der Ausstellung der KPD, Mitteilung von dem Verbot des Landtagsmarsches gemacht hatte. Erst auf der Fahrt, kurz vor Sebnitz, wurde auf der Landstraße den Sebnizlähern von der Polizei Verbotsschilder gemacht.

In diesem Maße die Polizei ihren Wahlterror ausübte, so erkundete die Tatsache, daß schon vor dem Grenztreffen die bürgerlichen Arbeiter die brutalen Prügelattacken gegen die Sebnitzer Einwohner, die sich vor der „Grünen Wiese“ versammelten hatten, einziegte. Die Gummimüppelgarden drängten in den Saal der „Grünen Wiese“ ein und hielten wie Soldaten die in dem Saal Anwesenden an, daß sie binnen einer Minute den Saal geräumt haben müßten, — eine einzige unmöglichkeit für die dort Versammelten, — die dann buchstäblich aus dem Saal herausgeschüttelt wurden. Die Polizei hatte absolut kein Recht, die Arbeiter aus einem Saal herauszutreiben, aber Proleten sind in der Young-Republik zahlfrei, während die Nazibanditen, deren Aufgabe es ist, den Polizei-terror gegen Arbeiter zu unterstützen, überall von der kommunalen Staatsgewalt geschützt werden.

Bei den brutalen Aktionen in Sebnitz zeichnete sich besonders aus der Rücksicht des Überfallwagens 11101. Aber die Arbeiter

haben diesem Herrn bewiesen, daß sie sich von ihrem Kampf um den Kommunismus nicht abhalten lassen.

Die glänzende Demonstration, die die Arbeiter durchführten, beweist aber, daß die Seiten vorliegt sind, wo sich Arbeiter durch Terror von ihrem Kampf abhalten lassen. Entschlossen wehrten die klassenbewußten Arbeiter die provokatorischen Verschläfe ab und beweisen der herrschenden Klasse, daß sie gewillt sind, den Kampf gegen das kapitalistische System bis zu seiner Vernichtung fortzuführen. Den Arbeitern von Sebnitz aber wurde hier gezeigt, wie der kapitalistische Staatsvorstand der Weimarer Republik alles unternommen hat, um den revolutionären Kampf gegen das Young-System zu unterdrücken, daß deshalb aber die klassenbewußten Arbeiter ihren Kampf fortführen verstehen.

Auf dem Rückwege fand eine Verbündete der Dresdner Arbeiter mit den Arbeiterportieren in Hohenau statt, eine Kundgebung, die die beste Beweis dafür ist, daß die klassenbewußten Sportler in der roten Front stehen und erreichen, in welchem Maße der Bundesvorstand der herrschenden Klasse bereits korrumptiert ist, daß die sozialdemokratische Führung im KVD es nicht fertig bringen wird, die proletarischen Elemente auf die Dauer an den verkaufenden Kapitalismus zu festeln. Diese Verbündete war einflammender Appell an die Arbeiterportiere, den Kampf für die rote Sporteinheit zu verstärken, sich einzurichten, daß weiter vorausgehen verstehen.

Front der proletarischen Revolution.

Frauen marschieren auf

Dresden, den 4. August.

Das Arbeiterinnentreffen des Roten Frauen- und Mädchenbundes am gestrigen Sonntag nahm einen glänzenden Verlauf. Trotz stürmenden Regens bis in den Nachmittag hinein luden sich Hunderte von Frauen zur Demonstration zusammen. „So sind wir auch einmal aufmarschiert mit weißer Bluse und rotem Schlipps, aber das ist schon lange her, heute sind das nur noch die Kommunistinnen!“ lachte eine alte SPD-Genossin, die jetzt in den KVD eingetreten ist.

Leuchtende Transparente — Kampfbereit zum Krieg gegen die Ausbeuter — für die Wehrhaftmachung der werktätigen Frauen — für Arbeiter und Brod — für den Schutz der Sowjetunion! — und viele rote Fahnen haben dem proletarischen Frauenaufmarsch ein feierliches und zugleich kämpferisches Gepräge. Leidende Auflerntanteile in der Demonstration fanden die Agitpropgruppe des KVD und die weiblichen Arbeiterklühe. Am leidigeren Platz hielt Genossin Schehr eine Ansprache, und aus hundert Achteln erklang der Schout:

„Für ein sozialistisches Deutschland, für Arbeit und Brod, gegen Krieg, Faschismus und Hunger, für den Schutz der Sowjetunion kämpfen die werktätigen Frauen und wählen am 14. September Kommunisten, Liste 4!“

Anschließend fand eine Abschlussergebung im Garten des Deutschen Hauses statt, wo Genossen der KVD-Gruppe, der „Roten Räuber“, des Jungparteibundes und die Blaskapelle von Leuben noch den Nachmittag, der sehr gutes Wetter hatte, abschlossen.

Über 150000 Streikende

Paris, den 4. August.

Im nordfranzösischen Streitgebiet fanden überall große Kundgebungen, die von der Kommunistischen Partei Frankreichs einberufen waren, statt. Ueberragt war Militär und Polizei in starken Abteilungen eingesetzt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, darunter sollen sich auch 9 Ausländer befinden, die heute über die Grenze abgeholt werden. In Roubaix und Tourcoing haben sich die Textilarbeiter bei den Abstimmungen für den Generalstreik am heutigen Montag entschieden. Nach bürgerlichen Meldungen ist somit für Montag mit 150 000 Streikenden zu rechnen, jedoch wird diese Zahl wesentlich höher sein.

Nur die KVD kämpft für Arbeitsbeschaffung

„Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A. G.“ ein Wahlmanöver der Brünning-Hindenburg/KPD fordert sofortige Inangriffnahme aller Projekte, 7-Stundentag und vollen Lohnausgleich

Berlin, den 4. August.

Am 1. August wurde in Berlin die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A. G.“ mit einem Aktienkapital von 140 Millionen Reichsmark und ausgewiesenen Reserven im Betrage von 105 Millionen Reichsmark gegründet ist, die Errichtung und den Ausbau weittragender Anlagen durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen im In- und Auslande und die Gewährung von Darlehen im Inlande an öffentlich-rechtliche oder gemeinwirtschaftliche Unternehmungen zu fördern. Die Annahme von Depositen und der Vertrieb von Kontogeschäften ist der Gesellschaft nicht gestattet. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gewisslich. Ihre Geschäfte werden aufzugsweise durch die Deutsche Bau- und Boden-Bank A. G., Berlin, belegt. Die Gesellschaft unterscheidet die Pflicht des Deutschen Reiches, die durch einen Reichskommissar ausgeübt wird.

Diese Meldung wird in der bürgerlichen Presse mit einem leichten Verdacht verbreitet. Nun, wir haben einige Erfahrungen in dieser Beziehung, an die wieder erinnert werden soll. Erst vor wenigen Wochen, kurz vor der Landtagswahl, machte die bürgerliche Regierung Schred das gleiche Wahlprogramm, um der Öffentlichkeit vorzutäuschen, sie wolle ernsthaft Arbeit beschaffen. Nach der Landtagswahl brachte es eine Vorlage ein, die angeblich Arbeit beschaffen sollte. Gen. Herbert Wehner bezeichnete diese Vorlage als ein offensichtlich sogenanntes

manöver, durch welches kein Arbeiter über Angebote Arbeit erhalten würde. Dafür wurde er von dem SPD-Präsidenten Wedel mit einem Ordnungsrat bestraft. Zwischen aber wählt die Erwerbstätigkeit unausgelebt hunderttausende von Arbeitern und Angestellten mitten vergleich auf Arbeit. Weitere fliegen aus den Betrieben und Büros Millionen und eben Millionen Männer und Frauen sind ausgezählt aus der Produktion. Der Massenhunger steigt an. Die Massenempörung möchte die Erkenntnis, daß der Kapitalismus zerfällt, zugrunde geht, die Produktionsmittel außer Betrieb steht vernichtet und die Männer im Elend verkommen läßt, greift schnell um sich. Deshalb der kleine Vorwurf an der Kommunisten. Alle Vogeljüge auf den Kapitalismus sind als verlogen erkannt. Die Sowjetunion ist die eindeutigste Beweisführung dafür, daß es nur noch möglich ist, dem Untergang zu entgehen, wenn der Kapitalismus besiegt und durch den Sozialismus ersetzt wird.

Die Reichsregierung, das Dittaturabkommen des Artikels 48, will aber der wachsenden Radikalisierung der Massen begegnen, daß sie Arbeit verschafft und dieses „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ sehr veröffentlicht. Aber auch hier gilt es zu bedenken, daß bürgerliche Parteien die hinter dem neuen Wahlkampf stehen, ihnen oft bewiesen haben, sie denken nicht daran, etwas Großartiges für Arbeitbeschaffung zu tun. Sie dürfen das gar nicht. Die Beratung der kommunistischen Arbeitsbeschaffungsanträge im Sächsischen Landtag wurde finanziell von den Nazis überhaupt abgelehnt, und die SPD fühlte sie um in Bitten an das Dittaturabkommen Brünning, um ihre Regierungsmöglichkeiten nicht zu verderben. So wurde dem ernsthaften Betrieb der Kommunisten in Sachsen, Arbeit zu beschaffen, von den bürgerlich-sozialdemokratischen Arbeitsteilnehmern entgegengestellt. Im Reichstag sind die bürgerlichen Parteien zu vereidigen. Wir erwähnen aus der Sache der kommunistischen Anträge nur einzig als Beispiel. Von der KPD wurde zu dem Arbeitsetat im Reichstag beantragt:

„Für die Arbeitsbeschaffung stellt die Reichsregierung außer den bereits im Etat für die produktive Erwerbstätigkeit

Morgen Dienstag Agitprop-Konferenz für die UBD Dresden, Radeberg, Freiberg

Beginn 19.30 Uhr im Restaurant „Tutti-fantaz“ Coits (zu erreichen mit Linie 18 Richtung Coits). Teilzunehmen haben sämtliche Agitpropfeuer der Zellen, Ortsgruppen, Verwaltungsbezirke und Unterbezirke. BL Sachsen